

Bericht und Antrag des städtischen Haushalts- und Finanzausschusses

Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) für die Haushaltsjahre 2018 und 2019 sowie Finanzplanung 2017 bis 2021

Ortsgesetz zur Änderung des Ortsgesetzes über die Hebesätze für die Gewerbesteuer und die Grundsteuer

I. Bericht des städtischen Haushalts- und Finanzausschusses

1. Überweisung an den städtischen Haushalts- und Finanzausschuss durch die Stadtbürgerschaft

- a) Die Stadtbürgerschaft hat die Haushaltsgesetze der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) für die Haushaltsjahre 2018 und 2019 (Mitteilung des Senats vom 12. September 2017, Drs. 19/580 S) sowie die der Mitteilung des Senats für die Haushaltsjahre 2018 und 2019 anliegenden Haushaltspläne (Produktgruppenhaushalte, kamerale Haushalte einschließlich der maßnahmenbezogenen Investitionsplanung, produktgruppenorientierte und kamerale Stellenpläne, Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe, sonstigen Sondervermögen, Stiftungen und Anstalten öffentlichen Rechts sowie Haushalte der unselbstständigen Stiftungen und Vermächtnisse) in ihrer 30. Sitzung am 19. September 2017 zur Beratung und Berichterstattung federführend an den städtischen Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen.

Die Stadtbürgerschaft hat sie ferner an den Ausschuss für Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte überwiesen und ihn gebeten, dem federführenden städtischen Haushalts- und Finanzausschuss zu berichten

- b) Darüber hinaus hat die Stadtbürgerschaft dem städtischen Haushalts- und Finanzausschuss das Haushaltsporträt 2018/2019, den Finanzplan 2017 bis 2021 mit maßnahmenbezogener Investitionsplanung und die Übersicht zu den Anträgen der Ortsämter zur Aufstellung der Haushalte 2018 und 2019 zur Beratung und Berichterstattung überwiesen.
- c) In ihrer 30. Sitzung am 19. September 2017 hatte die Stadtbürgerschaft auch den Gesetzentwurf „Ortsgesetz zur Änderung des Ortsgesetzes über die Hebesätze für die Gewerbesteuer und die Grundsteuer“, Mitteilung des Senats vom 12. September 2017, Drs. 19/581 S an den städtischen Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen. Der städtischen Haushalts- und Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 3. November 2017 eine Beratung dieses Gesetzentwurfes im Rahmen der Haushaltsberatungen beschlossen.

2. Beratungsverfahren im städtischen Haushalts- und Finanzausschuss

Der städtische Haushalts- und Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 16. November 2017 die Beratung in gemeinsamen Sitzungen mit dem staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss aufgenommen und

am 17. November sowie 1. Dezember 2017 fortgesetzt. Der städtische Haushalts- und Finanzausschuss hat seine Beratungen mit der Beschlussfassung über diesen Bericht abgeschlossen.

Die Haushalts- und Finanzausschüsse (Land und Stadt) beauftragten am 18. August 2017 zur Vorbereitung ihrer Einzelberatungen für die im Folgenden aufgeführten Produktpläne des Produktgruppenhaushalts 2018 und 2019 für das Land und die Stadtgemeinde Bremen die nachstehend benannten Ausschussmitglieder als Berichterstatterinnen und Berichterstatter mit der Maßgabe, den Haushalts- und Finanzausschüssen (Land und Stadt) zu den jeweiligen Produktplänen zu berichten.

01 Bremische Bürgerschaft:	Abg. Frau Dehne (SPD)
02 Rechnungshof:	Abg. Frau Dehne (SPD)
03 Senatskanzlei:	Abg. Frau Dehne (SPD)
05 Bundes- und Europaangelegenheiten:	Abg. Frau Dehne (SPD)
06 Datenschutz und Informationsfreiheit:	Abg. Herr Rupp (DIE LINKE)
07 Inneres:	Abg. Herr Dr. vom Bruch (CDU)
08 Frauen:	Abg. Frau Tuchel (SPD)
09 Staatsgerichtshof:	Abg. Frau Dehne (SPD)
11 Justiz:	Abg. Frau Yildiz (Bündnis 90/Die Grünen)
12 Sport:	Abg. Frau Tuchel (SPD)
21 Kinder und Bildung:	Abg. Herr Prof. Hilz (FDP)
22 Kultur:	Abg. Herr Eckhoff (CDU)
24 Hochschulen und Forschung:	Abg. Herr Fecker (Bündnis 90/Die Grünen)
31 Arbeit:	Abg. Herr Prof. Hilz (FDP)
41 Jugend und Soziales:	Abg. Herr Weber (SPD)
51 Gesundheit und Verbraucherschutz:	Abg. Herr Hinners (CDU)
68 Umwelt, Bau und Verkehr:	Abg. Frau Aulepp und Abg. Herr Liess (SPD)
71 Wirtschaft:	Abg. Frau Steiner (FDP)
81 Häfen:	Abg. Herr Eckhoff (CDU)
91 Finanzen/Personal:	Abg. Herr Rupp (DIE LINKE)
92 Allgemeine Finanzen:	Abg. Herr Rupp (DIE LINKE)
93 Zentrale Finanzen:	Abg. Herr Rupp (DIE LINKE)
96 IT-Budget:	Abg. Herr Rupp (DIE LINKE)
97 Zentrale Bauinvestitionen:	Abg. Herr Rupp (DIE LINKE)

Die Berichterstatterinnen und Berichterstatter führten über die Produktpläne sowie über die dem Bereich des jeweiligen Produktplans entsprechenden Einzel-, Stellen- und Wirtschaftspläne Gespräche mit den Fachressorts, den Bereichen sowie mit der Senatorin für Finanzen,

mit den Vorsitzenden der Parlamentsausschüsse und mit den Sprecherinnen und Sprechern der Deputationen. Die Berichte der Berichterstatterinnen und Berichterstatter wurden in den Beratungen der Haushalts- und Finanzausschüsse (Land und Stadt) erläutert. Die Ressorts und Bereiche sowie die Senatorin für Finanzen, die Vorsitzenden der Parlamentsausschüsse und die Sprecherinnen und Sprecher der Deputationen wurden zu den Beratungen eingeladen und hatten Gelegenheit, in der Ausschussberatung Stellung zu beziehen.

Das Haushaltsporträt 2018/2019, den Finanzplan 2017 bis 2021 mit maßnahmenbezogener Investitionsplanung und die Übersicht zu den Anträgen der Ortsämter zur Aufstellung der Haushalte 2018 und 2019 hat der städtische Haushalts- und Finanzausschuss in seiner Sitzung am 1. Dezember 2017 beraten und zur Kenntnis genommen. Von einer detaillierten Berichterstattung hat der Ausschuss abgesehen.

3. Berichte und Anträge der beteiligten Parlamentsausschüsse an den städtischen Haushalts- und Finanzausschuss

Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte hat zu den ihn betreffenden Produktplänen sowie zu den entsprechenden Einzel- und Stellenplänen Stellung genommen.

Der städtische Haushalts- und Finanzausschuss hat die im Folgenden wiedergegebene Stellungnahme zur Kenntnis genommen und in seine Beratungen einbezogen.

„Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte hat sich in seiner 11. Sitzung am 15. August 2017 mit den Vorentwürfen zum Haushalt 2018 und 2019, Einzelplan 30, Kapitel 3041 ‚Stadtteilmanagement‘ und dem Produktgruppenstellenplan sowie dem Stellenplan für die Haushaltsjahre 2018/2019 ‚Stadtteilmanagement‘ befasst. Die abschließende Beratung erfolgte im Umlaufverfahren. Der Ausschuss nimmt von den ihm überwiesenen Vorlagen Kenntnis.“

II. Beratung der Anträge und Änderungsanträge der Fraktionen, der Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe, sonstigen Sondervermögen, Stiftungen und Anstalten des öffentlichen Rechts, der Produktpläne, Haushaltspläne sowie der Haushaltsgesetze

Die Stadtbürgerschaft hat in ihrer 30. Sitzung am 19. September 2017 ihr Einverständnis erklärt, dass die bei der Verwaltung der Bürgerschaft eingehenden Anträge und Änderungsanträge der Fraktionen zu den Haushalten 2018 und 2019 unmittelbar an den städtischen Haushalts- und Finanzausschuss zur Beratung und Berichterstattung weitergeleitet werden.

Der städtische Haushalts- und Finanzausschuss hat die eingegangenen und in den Anlagen im Einzelnen dargestellten gemeinsamen Änderungsanträge der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen (Anlage 1) sowie die Änderungsanträge der Fraktionen DIE LINKE (Anlage 2) und der FDP (Anlage 3) in seinen Sitzungen am 16. und 17. November 2017 sowie am 1. Dezember 2017 beraten und jeweils eine Beschlussempfehlung für die Stadtbürgerschaft abgegeben. Auf der Grundlage der Beschlussempfehlungen des städtischen Haushalts- und Finanzausschusses über die Änderungsanträge der Fraktionen sowie unter Einbeziehung der Berichte der Berichterstatterinnen und Berichterstatter, der Berichte aus den parlamentarischen Ausschüssen und der Stellungnahmen der Fachressorts bzw. der Bereiche sowie der Senatorin für Finanzen haben die Haushalts- und Finanzausschüsse (Land und Stadt) in ihren Sitzungen die Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe, sonstigen Sondervermögen, Stiftungen und Anstalten öffentlichen Rechts sowie Haushalte der unselbständigen Stiftungen und Vermächtnisse und die einzelnen Produktpläne im Produktgruppenhaushalt und im Produktgruppenstellenplan, in den entsprechenden kameralen Haushaltsplänen und Haushaltsstellenplänen für das Land und die Stadtgemeinde Bremen 2018 und 2019 beraten und über sie einzeln abgestimmt.

Die Einzelabstimmungen sind Grundlage der Beschlussempfehlung des städtischen Haushalts- und Finanzausschusses an die Stadtbürgerschaft. Abschließend hat der städtische Haushalts- und Finanzausschuss die Haushaltsgesetze der Freien Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre 2018 und 2019 (Stadtgemeinde) beraten und ebenfalls eine Beschlussempfehlung abgegeben.

1. Ortsgesetz zur Änderung des Ortsgesetzes über die Hebesätze für die Gewerbesteuer und die Grundsteuer, Mitteilung des Senats vom 12. September 2017, Drs. 19/581 S

Mit dem Ortsgesetz zur Änderung des Ortsgesetzes über die Hebesätze für die Gewerbesteuer und die Grundsteuer soll der Gewerbesteuerhebesatz befristet vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2019 um zehn Punkte auf 470 vom Hundert erhöht werden. Ab dem 1. Januar 2020 soll der Gewerbesteuerhebesatz dann wieder 460 vom Hundert betragen. Zur Begründung dieser gesetzlichen Änderung führt der Senat aus, dass mit der befristeten Anhebung des Gewerbesteuerhebesatzes eine Verbesserung der Einnahmesituation im Haushaltsnotlageland Bremen bezweckt werde. Gerechnet werde mit zusätzlichen jährlichen Einnahmen von circa 8,9 Millionen €. Notwendig sei diese Erhöhung insbesondere, um die für den Abbau des strukturellen Finanzierungsdefizits im Rahmen der Konsolidierungsvereinbarung verbleibenden zwei Jahre besser bewältigen zu können.

Der städtische Haushalts- und Finanzausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner Sitzung am 17. November 2017 abschließend beraten. Der städtische Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtbürgerschaft mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der CDU und der FDP das Ortsgesetz zur Änderung des Ortsgesetzes über die Hebesätze für die Gewerbesteuer und die Grundsteuer, Mitteilung des Senats vom 12. September 2017, Drs. 19/581 S zu beschließen.

2. Änderungsanträge der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen

Die Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben für die Beratung in den Haushalts- und Finanzausschüssen (Land und Stadt) gemeinsame Änderungsanträge für die Stadtbürgerschaft betreffend die Produktpläne 07 Inneres, 12 Sport, 21 Kinder und Bildung, 41 Jugend und Soziales, 51 Gesundheit und Verbraucherschutz, 68 Umwelt, Bau und Verkehr, 71 Wirtschaft, 92 Allgemeine Finanzen und 93 Zentrale Finanzen eingebracht.

Der städtischen Haushalts- und Finanzausschuss hat diese in der Anlage 1 im Einzelnen dargestellten Änderungsanträge beraten. Ihnen wurde teils mit den Stimmen, teils bei Enthaltung und teils gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der CDU, DIE LINKE und der FDP von den Ausschussmitgliedern der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen zugestimmt. Das genaue Abstimmungsverhalten zu den einzelnen Änderungsanträgen kann der Anlage 1 zu diesem Bericht entnommen werden.

3. Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE

Die Fraktion DIE LINKE hat für die Beratungen in den Haushalts- und Finanzausschüssen (Land und Stadt) Änderungsanträge für die Stadtbürgerschaft betreffend die Produktpläne 03 Senatskanzlei, 07 Inneres, 12 Sport, 21 Kinder und Bildung, 22 Kultur, 41 Jugend und Soziales, 51 Gesundheit und Verbraucherschutz, 68 Umwelt, Bau und Verkehr, 71 Wirtschaft, 81 Häfen, 91 Finanzen/Personal, 92 Allgemeine Finanzen und 97 Zentrale Bauinvestitionen eingebracht.

Der städtischen Haushalts- und Finanzausschuss hat diese in der Anlage 2 im Einzelnen dargestellten Änderungsanträge beraten. Sie wurden gegen die Stimmen des Ausschussmitgliedes der Fraktion DIE

LINKE mehrheitlich abgelehnt. Das genaue Abstimmungsverhalten zu den einzelnen Änderungsanträgen kann der Anlage 2 zu diesem Bericht entnommen werden.

4. Änderungsanträge der Fraktion der FDP

Die Fraktion der FDP hat für die Beratungen in den Haushalts- und Finanzausschüssen (Land und Stadt) Änderungsanträge für die Stadtbürgerschaft betreffend die Produktpläne 07 Inneres, 12 Sport, 21 Kinder und Bildung, 22 Kultur, 41 Jugend und Soziales, 68 Umwelt, Bau und Verkehr und 93 Zentrale Finanzen eingebracht.

Der städtische Haushalts- und Finanzausschuss hat diese in der Anlage 3 im Einzelnen dargestellten Änderungsanträge beraten. Sie wurden gegen die Stimme des Ausschussmitgliedes der Fraktion der FDP mehrheitlich abgelehnt. Das genaue Abstimmungsverhalten zu den einzelnen Änderungsanträgen kann der Anlage 3 zu diesem Bericht entnommen werden.

5. Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe, sonstigen Sondervermögen, Stiftungen und Anstalten des öffentlichen Rechts

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) hat die Wirtschaftspläne der Stadtbibliothek,

der Bremer Volkshochschule,

der Musikschule Bremen,

des Übersee-Museums,

des Focke-Museums,

der Werkstatt Bremen,

des Umweltbetriebs Bremen,

der KiTa Bremen,

des Sondervermögens kommunale Abfallentsorgung,

des Sondervermögens Infrastruktur (Stadt),

des Sondervermögens Hafen,

des Sondervermögens Überseestadt,

des Sondervermögens Gewerbeflächen (Stadt),

des Sondervermögens Immobilien und Technik (Stadt), sowie

von Immobilien Bremen, Anstalt öffentlichen Rechts

im Einzelnen beraten und ihnen jeweils mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der CDU, DIE LINKE und der FDP zugestimmt.

6. Produktpläne mit den dazugehörigen kameralen Haushaltsplänen, maßnahmenbezogenen Investitionsplänen, Produktgruppenstellenplänen und kameralen Stellenplänen

Den jeweiligen Produktplan haben die Haushalts- und Finanzausschüsse (Land und Stadt) jeweils gemeinsam mit den dazugehörigen kameralen Haushaltsplänen, maßnahmenbezogenen Investitionsplänen, Produktgruppenstellenplänen und kameralen Stellenplänen beraten und beschlossen.

Den Produktplänen 02 Rechnungshof und 09 Staatsgerichtshof haben die Haushalts- und Finanzausschüsse (Land und Stadt) jeweils mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der CDU und DIE LINKE zugestimmt.

Den Produktplänen 01 Bremische Bürgerschaft, 03 Senatskanzlei, 05 Bundes- und Europaangelegenheiten, 06 Datenschutz und Informationsfreiheit, 07 Inneres, 08 Gleichberechtigung der Frau, 11 Justiz, 12 Sport, 21 Kinder und Bildung, 22 Kultur, 24 Hochschulen und Forschung, 31 Arbeit, 41 Jugend und Soziales, 51 Gesundheit und Verbraucherschutz, 68 Umwelt, Bau und Verkehr, 71 Wirtschaft, 81 Häfen, 91 Finanzen/Personal, 92 Allgemeine Finanzen, 93 Zentrale Finanzen, 96 IT-Budget und 97 Zentrale Bauinvestitionen haben die Haushalts- und Finanzausschüsse (Land und Stadt) – in den Fassungen der Änderungsanträge der Fraktionen der SPD und Bündnis90/Die Grünen gemäß Ziffer II. 2. dieses Berichtes – jeweils mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der CDU, DIE LINKE und der FDP zugestimmt.

7. Haushaltsgesetze

Der städtische Haushalts- und Finanzausschuss hat den Haushaltsgesetzen der Freien Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre 2018 und 2019 (Stadtgemeinde) – in den Fassungen der Änderungsanträge der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gemäß Ziffer II. 2. dieses Berichtes – jeweils gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der CDU, DIE LINKE und der FDP mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen zugestimmt.

III. Antrag und Beschlussempfehlungen des städtischen Haushalts- und Finanzausschusses

1. Ortsgesetz zur Änderung des Ortsgesetzes über die Hebesätze für die Gewerbesteuer und die Grundsteuer, Mitteilung des Senats vom 12. September 2017, Drs. 19/581 S

Der städtische Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtbürgerschaft mehrheitlich das Ortsgesetz zur Änderung des Ortsgesetzes über die Hebesätze für die Gewerbesteuer und die Grundsteuer, Mitteilung des Senats vom 12. September 2017, Drs. 19/581 S zu beschließen.

2. Haushaltsporträt 2018/2019, Finanzplan 2017 bis 2021 mit maßnahmenbezogener Investitionsplanung und Übersicht zu den Anträgen der Ortsämter zur Aufstellung der Haushalte 2018 und 2019

Der städtische Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtbürgerschaft das Haushaltsporträt 2018/2019, den Finanzplan 2017 bis 2021 mit maßnahmenbezogener Investitionsplanung und die Übersicht zu den Anträgen der Ortsämter zur Aufstellung der Haushalte 2018 und 2019 zur Kenntnis zu nehmen.

3. Änderungsanträge der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen

Der städtischen Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtbürgerschaft mehrheitlich, den Änderungsanträgen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen zu den Haushaltsgesetzen sowie den jeweiligen Produktplänen und den dazugehörigen kameraleen Haushaltsplänen, maßnahmenbezogenen Investitionsplänen, Produktgruppenstellenplänen und kameraleen Stellenplänen gemäß Anlage 1 zuzustimmen.

4. Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE

Der städtische Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtbürgerschaft mehrheitlich, die Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE zu den Haushaltsgesetzen sowie den jeweiligen Produktplänen und den dazugehörigen kameraleen Haushaltsplänen, maßnahmenbezogenen Investitionsplänen, Produktgruppenstellenplänen und kameraleen Stellenplänen gemäß Anlage 2 abzulehnen.

5. Änderungsanträge der Fraktion der FDP

Der städtischen Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtbürgerschaft mehrheitlich, die Änderungsanträge der Fraktion der FDP zu den Haushaltsgesetzen sowie den jeweiligen Produktplänen und den dazugehörigen kameralen Haushaltsplänen, maßnahmenbezogenen Investitionsplänen, Produktgruppenstellenplänen und kameralen Stellenplänen gemäß Anlage 3 abzulehnen.

6. Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe, sonstigen Sondervermögen, Stiftungen und Anstalten öffentlichen Rechts

Der städtische Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtbürgerschaft mehrheitlich, die Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe, sonstigen Sondervermögen, Stiftungen und Anstalten öffentlichen Rechts zu beschließen.

7. Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Jahre 2018 und 2019 (Stadtgemeinde)

Der städtische Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtbürgerschaft mehrheitlich, mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der CDU, DIE LINKE und der FDP, die Haushaltsgesetze der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) für die Haushaltsjahre 2018 und 2019 und die Haushaltspläne für die Haushaltsjahre 2018 und 2019 (Produktgruppenhaushalte, kamerale Haushalte einschließlich der maßnahmenbezogenen Investitionsplanung, produktgruppenorientierte und kamerale Stellenpläne, Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe, sonstigen Sondervermögen, Stiftungen und Anstalten öffentlichen Rechts sowie Haushalte der unselbständigen Stiftungen und Vermächtnisse), Drs. 19/580 S vom 12. September 2017, in der Fassung der Änderungsanträge der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gemäß Ziffer II. 2. dieses Berichts, zu beschließen.

Jens Eckhoff
(Vorsitzender)

Anlage 1

ÜBERSICHT ÜBER DIE REIHENFOLGE DER ABSTIMMUNGEN BEI DEN HAUSHALTSBERATUNGEN FÜR DIE HAUSHALTSJAHRE 2018/2019

Änderungsanträge der Fraktionen der SPD und B90 Grüne

Drs.	PPI = Produktplan	HHP = Haushaltsplan	Abstimmungsergebnisse					Beschlussempfehlung HaFA (Stadt)
			SPD	B90/Gr.	CDU	DIE LINKE	FDP	
19/670 S	07.03.13 Ordnungsamt (S)	3057 428 01-4 Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	Ja	Ja	Nein	Enthalten	Nein	Zustimmung
19/671 S	12.01.01 Allgemeine Sportangelegenheiten (S)	3191 684 94-9 Für die Beschäftigung haupt- und nebenberuflicher Übungs- und Organisationsleiter	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Zustimmung
19/672 S	41.08.01 Hilfen für Migrantinnen/Migrant. (S) 93.02.02 Kredite, zentrale Zinseinn./-ausgaben (S)	3461 518 10-8 Anmietung von Häusern und Wohnungen zur Unterbringung von Aussiedlern 3980 575 01-1 Zinsen an sonstigen Kreditmarkt	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Zustimmung
19/673 S	41.03.01 Hilfen für Asylbewerber und Flüchtl. (S)	3417 893 20-1 (neu) Planungsmittel für Konversion Flüchtlingsunterkünfte	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Zustimmung

Anlage 1

19/674 S	41.03.02 Hilfen für Migrantinnen/Migrant. (S)	3461 518 10-8 Anmietung von Häusern und Wohnungen zur Unterbringung von Aussiedlern	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Zustimmung
	93.02.02 Kredite, zentrale Zinseinn./-ausgaben (S)	3980 575 01-1 Zinsen an sonstigen Kreditmarkt						
19/675 S	41.05.03 HLU 3.Kapitel SGB XII (a. v. E., S)	3473 681 14-4 Bestattungskosten nach § 74 SGB XII	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Zustimmung
19/676 S	41.22.01 Übergreifende Integrat. Beauftrage (L)	3434 684 42-0 An freie Träger für präventive Erziehungshilfen mit Cliques 3434 684 52-7 An freie Träger für soziale Trainingskurse für Minderjährige	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Zustimmung
19/677 S	51.01.01 Gesundheitsförderung -schutz und -hilfe	3501 684 11-1 Zuschuss an das Rat u. Tat-Zentrum für Maßnahmen zur Aids-Bekämpfung	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein	Zustimmung
19/678 S	51.01.02 Gesundheitsamt Bremen (S)	3510 428 01-2 Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein	Zustimmung
19/679 S	68.31.01 ÖPNV/Konsumtive Finanzhilfen (S)	3681 282 12-1 Zuschüsse von der BSAG für das Stadtticket	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Zustimmung
19/680 S	68.32.05 Stadtentwicklung/-planung/Bauordnung (S)	3682 891 41-5 Aufwendungen für die Bereinigung von	Ja	Ja	Nein	Enthalten	Nein	Zustimmung
19/681 S	92.31.02 Allgemeine Finanzen – Sonstiges (S)	3986 121 19-5 Gewinne aus Beteiligungen an sonstigen wirtschaftlichen Unternehmen	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Zustimmung

Anlage 1

19/682 S	Korrektur des Wirtschaftsplans 2018/2019 der Anstalt zur Bildung einer Rücklage für Versorgungsvorsorge der FHB		Ja	Ja	Nein	Ja	Enthalten	Zustimmung
19/683 S	Sanierung/Umgestaltung Straßenbahnhaltestelle Bardenflethstraße		Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Zustimmung
19/684 S	Technische Ermächtigung Stadt		Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Zustimmung
19/686 S	71.03.02 Dienstleistungsf./Tourismus/Zentren (S)	3754 531 25-7 Kosten für die Weiterentwicklung des barrierefreien Stadtführers 3754 686 31-5 Förderung des Tourismus (konsumtiv)	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein	Zustimmung
19/687 S	68.31.02 Öffentl. Verkehrswege /Finanzhilfen (S)	3687 525 00-0 Aus- und Fortbildung	Ja	Ja	Nein	Enthalten	Ja	Zustimmung
	68.31.01 ÖPNV/ konsumtive Finanzhilfen (S)	3681 532 05-5 Verkehrskonzepte						
	68.93.01 Senatorische Angelegenheiten SUBV (S)	3681 531 01-6 Kosten für Veröffentlichungen						
	68.32.07 Bauamt Bremen-Nord (S)	3691 525 00-6 Stadtentwicklung/-planung/ Bauordnung (S)						

Anlage 1

	68.32.05 Stadtentwicklung/-planung/ Bauordnung (S)	3682 112 01-7 Geldbußen (einschl. der damit zusammenhängenden Gerichts- und Verwaltungskosten)						
	93.02.02 Kredite, zentrale Zinseinn./-ausgaben (S)	3980 575 01-1 Zinsen an sonstigen Kreditmarkt						
19/688 S	68.31.02 Öffentl. Verkehrswege /Finanzhilfen (S)	3687 884 14-0 (neu) Investive Zuweisungen an das Sondervermögen Infrastruktur/ Verkehr (ASV) – Lärmschutzwand Grönlandstraße	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Zustimmung
19/692 S	92.01.02 Allgemeine Finanzen - Sonstiges	3995 549 99-8 Globale Minderausgaben	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein	Zustimmung
19/693 S	93.02.02 Kredite, zentrale Zinseinn./-ausgaben (S)	3980 325 30-9 Kreditmarktmittel und Anleihen	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Zustimmung
19/694 S	Schlussantrag Feststellungsklauseln		Ja	Ja	Nein	Nein	Nein	Zustimmung

Anlage 2

ÜBERSICHT ÜBER DIE REIHENFOLGE DER ABSTIMMUNGEN BEI DEN HAUSHALTSBERATUNGEN FÜR DIE HAUSHALTSJAHRE 2018/2019

Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE

Drs.	PPI = Produktplan	HHP = Haushaltsplan	Abstimmungsergebnisse					Beschlussempfehlung HaFA (Stadt)
			SPD	B90/Gr.	CDU	DIE LINKE	FDP	
19/606 S	03.01.02 Stadtteilmanagement (S)	3041 799 99-3 Globalmittel für orts- und stadtteilbezogene Maßnah- men	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Ablehnung
19/607 S	07.02.06 Feuerwehr (S)	3054 811 10-0 Erwerb von Fahrzeugen	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Ablehnung
19/608 S	12.01.01 Allgemeine Sportangele- genheiten (S)	3191 684 94-9 Für die Beschäftigung haupt- und nebenberuflicher Übungs- und Organisationsleiter	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Ablehnung
19/609 S	12.01.01 Allgemeine Sportangele- genheiten (S)	3191 diverse Allgemeine Bewilligungen für Sport und Freizeit	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Ablehnung
19/610 S	12.99.10 Bremer Bäder GmbH (S)	3191 634 11-9 An das Sondervermögen Im- mobilien und Technik für den Betriebskostenzuschuss an die Bremer Bäder GmbH	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Ablehnung
19/611 S	21.07.01 Tagesbetreuung (S)	3232 684 90 (neu) „Zuschüsse an KiTa Betreu- ungszeiten“ (18 Stadtteile zzgl. 4 direkt Stadtbezirken zugeordnete Ortsteile)	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Ablehnung

Anlage 2

19/612 S	22.01.01 Stadtkultur (S)	3288 686 60-1 Zuschüsse zur Förderung der Migrantenkulturarbeit	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Ablehnung
19/613 S	22.91.01 Zentrale Dienste (S)	3289 686 91-5 Projektförderungen im Kultur- bereich	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Ablehnung
19/614 S	22.91.01 Zentrale Dienste (S)	3289 686 93-1 (neu) Zuschüsse für Kulturprodu- zenten/Innen	Nein	Nein	Nein	Ja	Enthalten	Ablehnung
19/615 S	22.99.01 Stadtbibliothek (S)	3289 686 42-7 Zuschuss an den Eigenbetrieb Stadtbibliothek Bremen für Personalausgaben	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Ablehnung
19/616 S	22.99.01 Stadtbibliothek (S)	3289 893 73-2 Zuschuss an den Eigenbetrieb Stadtbibliothek Bremen für In- vestitionen	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Ablehnung
19/617 S	22.99.02 Musikschule (S)	3289 686 52-4 Zuschuss an den Eigenbetrieb Musikschule Bremen für Per- sonalausgaben	Nein	Nein	Nein	Ja	Enthalten	Ablehnung
19/618 S	22.99.03 Volkshochschule (S)	3289 686 32-0 Zuschuss an den Eigenbetrieb Bremer Volkshochschule für Personalausgaben	Nein	Nein	Nein	Ja	Enthalten	Ablehnung
19/619 S	41.01.01 Kinder - und Jugendför- derung (S)	3431 684 10-0 Zuschüsse für Spielraumför- derung und an Bürgerinitiati- ven auf Spielplätzen	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Ablehnung

Anlage 2

19/620 S	41.01.01 Kinder - und Jugendförderung (S)	3431 684 50-0 Zuschüsse an freie Träger zur Förderung lokaler „Partnerschaften f. Demokratie“ (Fördergebiete: alle Stadtteile außer Mitte, östl. Vorst. und Findorff) 3431 684 03-8 Zuschüsse an freie Träger zur Förderung lokaler „Partnerschaften f. Demokratie“ (Fördergebiet: Mitte, östliche Vorstadt und Findorff)	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Ablehnung
19/621 S	41.01.01 Kinder - und Jugendförderung (S)	3431 684 67-4 Zuschüsse für außerschulische Jugendbildung, Jugendverbandsarbeit und -information	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Ablehnung
19/622 S	41.01.01 Kinder - und Jugendförderung (S)	3431 684 80-1 Zuschüsse an freie Träger für stadtteilbezogene Kinder- und Jugendarbeit	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Ablehnung
19/623 S	41.01.01 Kinder - und Jugendförderung (S)	3431 684 80-1 Zuschüsse an freie Träger für stadtteilbezogene Kinder- und Jugendarbeit	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Ablehnung
19/624 S	41.01.03 Hilfen zur Erziehung SGB VIII -amb.- (S)	3434 684 14-4 Zuschüsse an Freie Träger für den Kinderschutz	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Ablehnung
19/625 S	41.01.03 Hilfen zur Erziehung SGB VIII -amb.- (S)	3434 684 23-3 Zuwendungen für das Projekt Sportgarten	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Ablehnung
19/626 S	41.01.05 Bürg.Engagem.,Selbsthilfe,Fam.-pol. (S)	3431 684 88-7 Zuschüsse für den Betrieb von Mütterzentren	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Ablehnung

Anlage 2

19/627 S	41.01.06 Sonstiges Jugend/Sozialleistungen (S)	3496 428 36-5 Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Andere Aufgaben der Jugendhilfe -AfSD-)	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Ablehnung
19/628 S	41.03.02 Hilfen f. Migrantinnen/Migrant.	3411 684 25-2 Zuschüsse für Maßnahmen für traumatisierte Migranten	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Ablehnung
19/629 S	41.03.02 Hilfen f. Migrantinnen/Migrant.	3411 684 25-2 Zuschüsse für Maßnahmen für traumatisierte Migranten	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Ablehnung
19/630 S	41.04.01 Präventive und offene Altenhilfe (S)	3411 684 10-4 Zuwendungen an Körperschaften, Verbände, Vereine und sonst. für Begegnungsstätten	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Ablehnung
19/631 S	41.08.01 Übergreif. Integration, Beauftragte (S)	3411 684 55-4 Zuwendungen im Rahmen der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Ablehnung
19/632 S	51.01.01 Gesundheitsförderung, -hilfe u. -schutz	3501 684 11-1 Zuschuss an das Rat u. Tat-Zentrum für Maßnahmen zur Aids-Bekämpfung	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Ablehnung
19/633 S	51.01.01 Gesundheitsförderung, -hilfe u. -schutz	3501 684 13-8 Zuschüsse für den Gesundheitstreffpunkt	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Ablehnung
19/634 S	51.01.01 Gesundheitsförderung, -hilfe u. -schutz	3501 684 14-6 (neu) Zuschüsse für den Gesundheitstreffpunkt Kattenturm	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Ablehnung
19/635 S	51.01.02 Gesundheitsamt Bremen (S)	3510 428 01-2 Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Ablehnung
19/636 S	51.01.02 Gesundheitsamt Bremen (S)	3510 531 52-2 (neu) Förderprogramm Frühe Hilfen und Familienhebammen	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Ablehnung

Anlage 2

19/637 S	51.01.04 Ambulante Drogen- und Suchtkrankenhilfe	3510 684 20-5 Zuschuss an comeback gGmbH zum Betrieb des Kontakt- und Beratungszentrums für Drogenkranke 3510 684 21-3 Zuschuss an die Ambulante Drogenhilfe gGmbH zum Betrieb der Drogenhilfezentren Mitte und Nord	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Ablehnung
19/638 S	68.31.01 ÖPNV/ Konsumtive Finanzhilfen (S)	3681 682 15-4 Zuschüsse an die BSAG für das Stadtticket	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Ablehnung
19/639 S	68.31.01 ÖPNV/ Konsumtive Finanzhilfen (S)	3681 682 26-0 Verlust der BSAG (Betriebsergebnis und Kapitaldienst - Zinsen - für Fahrzeuge)	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Ablehnung
19/640 S	68.31.02 Öffentli. Verkehrswege/Finanzhilfen (S)	3687 884 10-7 Investive Zuweisungen an das Sondervermögen Infrastruktur/ Verkehr (ASV)	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Ablehnung
19/641 S	92.99.12 HAWOBEG Hanseat. Wohn.-Beteil.-GmbH (S)	3986 661 11-4 (neu) Schuldendiensthilfen an die HAWOBEG	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Ablehnung
19/642 S	97.99.02 Sondervermögen Immobilien und Technik(S)	3988 884 20-0 An Sondervermögen Immobilien und Technik für Sanierungsinvestitionen	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Ablehnung
19/643 S	97.99.02 Sondervermögen Immobilien und Technik(S)	3988 884 20-0 An Sondervermögen Immobilien und Technik für Sanierungsinvestitionen	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Ablehnung

Anlage 2

19/644 S	97.99.02 Sondervermögen Immobilien und Technik(S)	3988 884 20-0 An Sondervermögen Immobilien und Technik für Sanierungsinvestitionen	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Ablehnung
19/645 S	41.01.01 Kinder - und Jugendförderung (S)	3431 521 01-5 Unterhaltung von Spielplätzen und -flächen	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Ablehnung
19/646 S	41.06.02 Sonstiges Stadt/Sozialleistungen (S)	3408 681 73-0 Aufwendungen im Rahmen der Obdachlosenhilfe	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Ablehnung
19/655 S	03.01.02 Stadtteilmanagement (S)	3041 539 98-3 Konsumtive Ausgaben von Beiratsmitteln (stadtteilbezogene Maßnahmen)	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Ablehnung
19/656 S	22.01.01 Stadtkultur (S)	3288 686 19-9 (neu) Personalkostenzuschüsse für Kunstvermittlung und Projekte der kulturellen Bildung an Bremer Museen	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Ablehnung
19/657 S	22.01.01 Stadtkultur (S)	3288 893 22-4 (neu) Zuschüsse zur Förderung von Einrichtungen der freien Szene	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Ablehnung
19/658 S	68.31.02 Öffentli. Verkehrswege/Finanzhilfen (S)	3687 334 01-8 Abführung vom Sondervermögen Infrastruktur/Verkehr (ASV)	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Ablehnung
19/659 S	68.32.06 Städtebau/Stadtbau/Wohnungswesen (S)	3696 531 42-0 (neu) Kosten im Zusammenhang mit der Verlängerung von Bindungen bei Sozialwohnungen	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Ablehnung
19/660 S	71.03.01 Gewerbeflächen / Regionalplanung (S)	3708 334 01-3 Abführung vom Sondervermögen Gewerbeflächen	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Ablehnung

Anlage 2

19/661 S	81.02.01 Hafenwirtschaft / Hafeninfrasturktur (S)	3801 334 01-5 Abführung vom Sondervermögen Hafen	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Ablehnung
19/662 S	91.32.01 Haushalt und Vermögen (S)	3901 685 00-1 Zuschüsse an Immobilien Bremen AöR (Gründungshilfe und Mittel für Tarifsteigerungen)	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Ablehnung
19/663 S	92.31.02 Allgemeine Finanzen - Sonstiges (S)	3986 831 13-3 (neu) Anschubfinanzierung für preisgünstigen sozialen Wohnungsbau	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Ablehnung
19/664 S	97.99.02 Sondervermögen Immobilien und Technik(S)	3988 334 01-3 Abführung vom Sondervermögen Immobilien und Technik	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Ablehnung
19/665 S	Änderungsantrag zum Haushaltsgesetz		Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Ablehnung

ÜBERSICHT ÜBER DIE REIHENFOLGE DER ABSTIMMUNGEN
BEI DEN HAUSHALTSBERATUNGEN FÜR DIE
HAUSHALTSJAHRE 2018/2019

Änderungsanträge der Fraktion der FDP

Drs.	PPI = Produktplan	HHP = Haushaltsplan	Abstimmungsergebnisse					Beschlussempfehlung HaFA (Stadt)
			SPD	B90/Gr.	CDU	DIE LINKE	FDP	
19/647 S	07.02.02 Rettungsdienst (S)	3055 671 20-5 Erstattungen von Entgeltteilen für RTW-Einsätze der Hilfsorganisationen	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Ablehnung
19/648 S	12.01.01 Allgemeine Sportangelegenheiten	3191 684 00-0 Zuschüsse Sportförderung	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Ablehnung
19/649 S	68.01.02 Öffentli. Verkehrswege/Finanzhilfen (L)	3687 634 10-0 Konsumtive Zuweisungen an das Sondervermögen Infrastruktur / Verkehr (ASV)	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Ablehnung
19/650 S	68.01.02 Öffentli. Verkehrswege/Finanzhilfen (L)	3687 884 10-7 Investive Zuweisungen an das Sondervermögen Infrastruktur / Verkehr (ASV)	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Ablehnung
19/651 S	68.31.01 ÖPNV/Konsumtive Finanzhilfen (S)	3681 682 26-0 Verlust der BSAG (Betriebsergebnis und Kapitaldienst – Zinsen – für Fahrzeuge)	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Ablehnung
19/652 S	68.31.01 ÖPNV/Konsumtive Finanzhilfen (S)	3681 682 26-0 Verlust der Bremer Straßenbahn AG (Betriebsergebnis und Kapitaldienst – Tilgung – für Fahrzeuge)	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Ablehnung

Anlage 3

19/653 S	07.03.13 Ordnungsamt (S)	3057 diverse Ausgabentitel	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Ablehnung
19/654 S	07.03.13 Ordnungsamt (S)	3057 diverse Einnahmentitel	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Ablehnung
19/666 S	22.99.10 Theater Bremen GmbH (S)	3271 682 14-6 Zuschuss an das Theater Bremen GmbH für Sachaus- gaben	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Ablehnung
19/667 S	41.01.05 Bürg. Engagem., Selbst- hilfe, Fam-pol. (S)	3411 684 18-0 (neu) Zuschüsse für Wohnprojekte 3411 684 33-3 Zuschüsse an Frauenhäuser 3411 684 34-1 Zuschüsse an freie Träger für Frauenprojekte	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Ablehnung
19/668 S	68.31.01 ÖPNV/ Konsumtive Fi- nanzhilfen (S)	3681 682 40-5 (neu) Zuschuss an die BSAG für den Test „Autonomes Fahren von Straßenbahnen	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Ablehnung
19/669 S	93.01.01 Steuern, steuerabhän- gige Einnahmen/Ausga- ben	3995 123 10-9 Anteil gem. § 13 BremGlüG aus den Zweckausgaben aus staatlich veranstalteten Glückspielen	Nein	Nein	Nein	Enthalten	Ja	Ablehnung
19/685 S	68.33.01 Umweltwirtschaft/Ener- gie/Ressourcen (S)	3627 634 02-0 Konsumtive Zuweisungen an das Sondervermögen Infra- struktur / Grün (Umweltbe- trieb Bremen)	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Ablehnung